

Finanzbericht 2011 – 2013

Landesverband Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg zur LDK 03.11.2012 in Brandenburg /Havel

Inhalt

Vorwort der Landesschatzmeisterin.....	2
Abschluss 2011 – Erläuterungen.....	4
Halbjahresbericht 2012 – Erläuterungen.....	12
Haushaltsentwurf 2013 – Erläuterungen.....	13
Ausblick mittelfristige Finanzplanung	15
Hintergrundinformation: Fragen und Antworten zu den Finanzen von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg.....	16
Anlage: Abschluss 2011 – Rechnungsprüfungsbericht.....	19

Vorwort der Landesschatzmeisterin

Liebe Delegierte,

der Finanzbericht als schriftliche Ausformulierung der Euch bis 2010 ausschließlich in Tabellenform vorgelegten Jahresabschlusszahlen wurde als ein Teil der neuen Transparenzkultur im letzten Jahr eingeführt. Wir als Landesvorstand haben uns das Ziel gesetzt, diesen Bericht so weiterzuentwickeln, dass die „trockenen“ Zahlen für alle interessierten Mitglieder so aufgearbeitet werden, dass die Jahresabschlussberichte und Haushaltsplanungen transparenter und verständlicher werden. Wir freuen uns daher auf Rückmeldungen von Euch.

Das zurückliegende Jahr war geprägt von vielen Veränderungen. Aufgrund der Fülle beschränkt sich die folgende Aufzählung auf die wichtigsten, finanzrelevanten Punkte:

- Das zivilrechtliche Verfahren gegen den ehemaligen Schatzmeister Christian Goetjes wurde durch die Unterzeichnung eines notariellen Schuldanerkenntnisses – über die polizeilich ermittelte Summe zuzüglich Rechts- und weiteren Kosten, insgesamt 292.728,76 Euro – abgeschlossen. Das Angebot der Gegenseite zur abschließenden Zahlung einer Kompensation in Höhe von 65.000 Euro wurde mit Beschluss des Parteitags vom 21.04.2012 angenommen. Diese Zahlungsverpflichtung wurde im Rahmen des Rechenschaftsberichtes als sonstige Forderung und als sonstige Einnahme beim Landesverband in Höhe von 61.633,00 € und beim Kreisverband Oberhavel in Höhe von 3.367,00 € verbucht. Der Ausgang des Strafverfahrens vor dem Potsdamer Landgericht (Az 22KLs 7/12) hat keine Auswirkung auf diesen zivilrechtlichen Anspruch. Von den vereinbarten 65.000 Euro sind bis zum September diesen Jahres 33.000 Euro eingegangen, die übrige Summe wird in monatlichen Raten von 1.000 Euro gezahlt.
- In der Landesgeschäftsstelle gab es zahlreiche Wechsel und Änderungen beim Personal. Die Grafikstelle konnte – auch dank des Strukturfonds – um einige Stunden pro Woche aufgestockt werden und kann insbesondere den stark gewachsenen Anforderungen der Kreisverbände besser gerecht werden. Hinzu kommt seit Mitte September eine Erweiterung des Stammpersonals um eine Sachbearbeiterin für Mitgliederverwaltung und Finanzen, die die bisherige Minijob-Stelle für eineN studentischeN MitarbeiterIn im Bereich Mitgliederverwaltung ersetzt. Darüber hinaus haben uns wieder viele PraktikantInnen unterstützt. Herzliche Dank an dieser Stelle an alle ehemaligen und neuen MitarbeiterInnen für ihre geleistete Arbeit.
- Die auf der letzten LDK beschlossenen Maßnahmen zur Vermeidung von Missbrauchsfällen und zur Erhöhung der Transparenz wurden umgesetzt und im Rahmen der täglichen Arbeit weiterentwickelt.

Aus den im Laufe des letzten Jahres gesammelten Erfahrungen im Finanzalltag ergaben sich einige Änderungsbedarfe bei unseren finanzrelevanten Rechtsgrundlagen, insbesondere der Satzung und der Landesfinanzordnung. Daher liegen Euch auch zu dieser LDK zahlreiche Anträge des Landesfinanzrates und des Landesvorstandes zur Landesfinanzordnung und zur Satzung vor, um die bisherigen Finanzregeln weiterzuentwickeln.

Die kommenden zwei Jahre werden geprägt sein von Wahlkämpfen. Zentral wird 2013 der Bundestagswahlkampf sein. Die Rücklagen dafür konnten in vollem Umfang gebildet werden – trotz der widrigen Umstände im Zuge der Schatzmeisterkrise. Ein Jahr später folgen Wahlen zum Landtag und zum Europaparlament und die wichtigen Kommunalwahlen. Die jeweils dafür geplanten Mittel sind in den entsprechenden Haushalten eingestellt.

Ich danke an dieser Stelle insbesondere Benjamin Raschke, der mich als stellvertretender Landesschatzmeister nach Kräften unterstützte und mir mit seinem Wissen aus den Vorjahren eine sehr wertvolle Hilfe war. Weiterhin geht mein Dank an die Bundesgeschäftsstelle, deren Hilfe – insbesondere rund um die Aufarbeitung und den Abschluss in Sachen Goetjes – wir hoffentlich nie wieder in diesem Umfang in Anspruch nehmen müssen. Nicht vergessen seien auch die Mitglieder des Landesfinanzrates und des Landesvorstandes, die MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle und die vielen kritischen und konstruktiven Anregungen weiterer (Partei-)Freundinnen und -Freunde sowie der Rückhalt aus dem familiären Umfeld. Ohne ihren Zuspruch und ihre Unterstützung wäre die Bewältigung der umfangreichen und anspruchsvollen Aufgaben der Landesschatzmeisterin nur schwer möglich gewesen.

Bleibt noch zu erwähnen, dass die Finanzen des Landesverbandes trotz gesteigener Ansprüche und dadurch notwendig werdende Professionalisierung weiterhin solide sind. Mehr Details dazu in den nachfolgenden Unterlagen.

Herzliche bündnisgrüne Grüße



Sandra Braun-Grüneberg,
Landesschatzmeisterin

Abschluss 2011 – Erläuterungen

Grundlegendes

Als Partei hat Bündnis 90/Die Grünen gemäß Parteiengesetz (PartG) jährlich einen durch Rechnungsprüfer wie durch externe Wirtschaftsprüfer geprüften Rechenschaftsbericht zu erstellen, welcher dem Bundestagspräsidenten vorgelegt wird. Der Bericht gibt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung entsprechend den tatsächlichen Verhältnissen Auskunft über die Herkunft und Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen der Partei. Der Rechenschaftsbericht 2011 wurde durch den Bundesschatzmeister am 27.09.2012 eingereicht und beinhaltet den Bericht des Brandenburger Landesverbandes und seiner Untergliederungen. Der Rechenschaftsbericht der Gesamtpartei wird demnächst auf www.gruene.de einsehbar sein.

Der Aufbau dieser Rechenschaftsberichte ist in § 24 ParG geregelt. Da uns dieses System aufgrund von Verrechnungen in einzelnen Positionen (z.B. Mietausgaben abzüglich Mieteinnahmen) und unzureichend differenzierten Zuordnungen nicht ausreichend transparent erschien, hat die letzte LDK einen neu strukturierten Haushaltsplan verabschiedet.

Das hat zur Folge, dass die Einnahmen und Ausgaben in der Systematik unseres aktuellen Haushaltsplans höher sind als in der Einnahmen-Überschuss-Rechnung nach Parteiengesetz.¹ Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben stimmt jedoch überein, da sowohl Einnahmen als auch Ausgaben um jeweils den gleichen Betrag steigen.

Beim Vergleich der Planwerte 2011 mit den tatsächlich erreichten IST-Werten 2011 beziehen sich die Zahlen daher auf die Systematik des Haushaltes. Bei Abweichungen davon wird darauf ausdrücklich hingewiesen. Die Angaben zu den Kreisverbänden erfolgen immer in der Systematik des § 24 ParG.

Gesamtüberblick

Trotz gründlicher und intensiver Vorbereitung konnte 2011 der (Nachtrags-)Haushalt schwer treffsicher geplant werden. Zum einen gab es einmalige Einnahmen durch die Nachzahlung bei der staatlichen Finanzierung, deren Höhe nicht genau vorausgesagt werden konnte. Zum anderen fehlten realistische Erfahrungswerte bei den Ausgaben, da diese über Jahre gefälscht waren. Als Maxime galt daher bei der Haushaltsaufstellung: möglichst konservativ, d.h. Einnahmen wurden immer an der Untergrenze, Ausgaben an der Obergrenze angesetzt. Für die Aufstellung der kommenden Haushalte können nun einige Posten realistischer eingeschätzt werden,

¹ So tauchen z.B. die Mieteinnahmen jetzt unter Einnahmen auf und die Mietausgaben unter den Ausgabenpositionen. Im Rechenschaftsbericht nach PartG erscheint die Position Miete nur unter den Ausgaben. Einnahmen aus Untervermietungen werden dort von den Mietzahlungen abgezogen, so dass insgesamt sowohl geringere Einnahmen als auch geringere Ausgaben im Rechenschaftsbericht ersichtlich sind.

bspw. Spenden aus Fahrtkostenverzicht bei den Einnahmen sowie bei den Ausgaben die Posten Porto, Kopierer, Telefon/Internet und Büro.

Der Landesverband Brandenburg hatte am 31.12.2011 935 Mitglieder. Der Landesverband nahm im Jahr 2011 rund 541.200 Euro ein und gab rund 390.400 Euro aus. Das Jahr wurde mit einem Reinvermögen in Höhe von rund 140.300 Euro abgeschlossen.

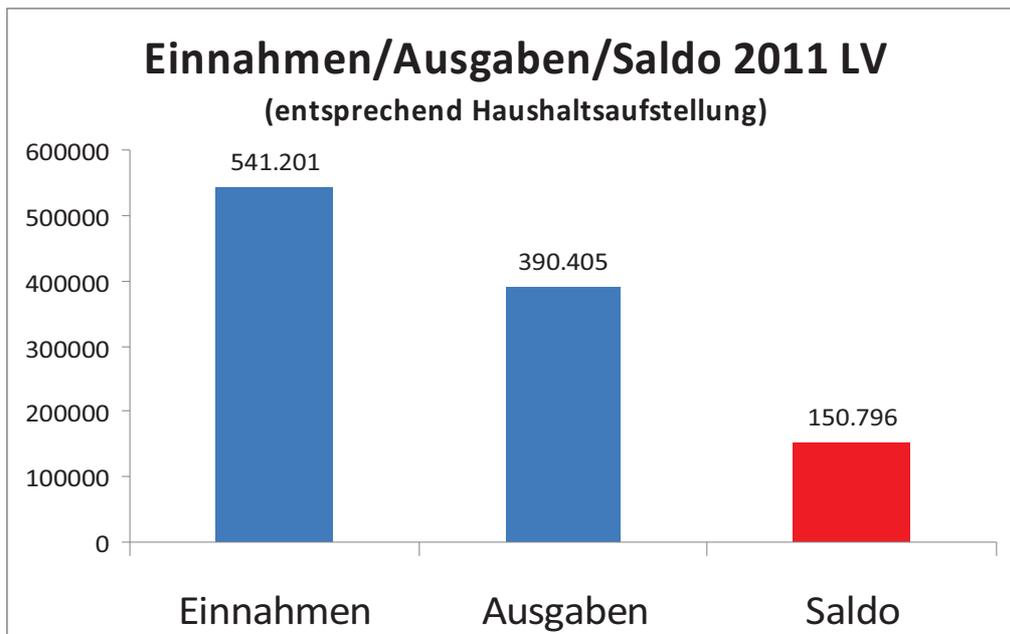


Abb. 1

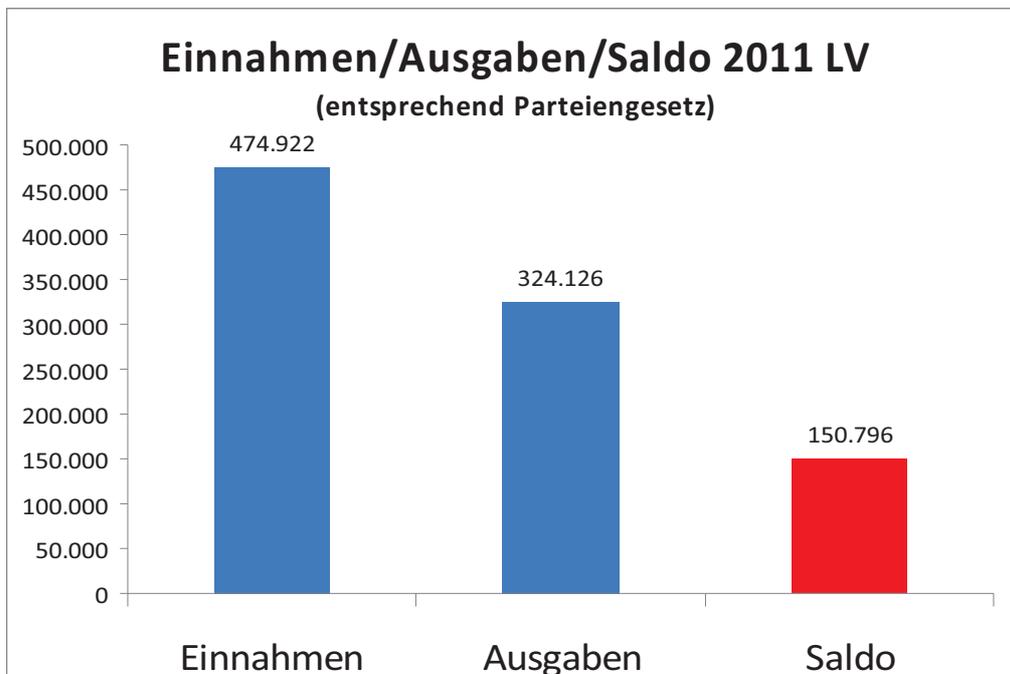


Abb. 2

Dabei ist zu beachten, dass die Forderungen gegen den alten Schatzmeister im vergangenen Jahr als uneinbringlich bewertet und daher folgerichtig voll

wertberichtigt – also abgeschrieben – wurden. Die Entwicklungen in diesem Jahr erforderten, dass die Zahlungsverpflichtung, die Christian Goetjes übernommen hat, in den Jahresabschluss 2011 einfließt. Daher wurden 61.633 Euro als sonstige Forderung und als sonstige Einnahme beim Landesverband verbucht. Im Ergebnis konnten wir die Rücklagen in geplanter Höhe (45.000 Euro) aufbauen und haben einen Überschuss von rund 105.800 Euro erwirtschaftet. Werden die o.g. 61.633 Euro abgezogen, ergibt sich ein erwirtschafteter Überschuss von rund 44.200 Euro.

Vermögen

Zu Beginn des Jahres 2011 betrug das negative Reinvermögen annähernd 10.500 Euro. Zwölf Monate später verfügt der Landesverband über ein Reinvermögen von rund 140.300 Euro (inkl. der 61.633 Euro Forderung gegen Goetjes). Die KVe haben das Jahr mit einem Vermögen in Höhe von rund 158.800 Euro abgeschlossen

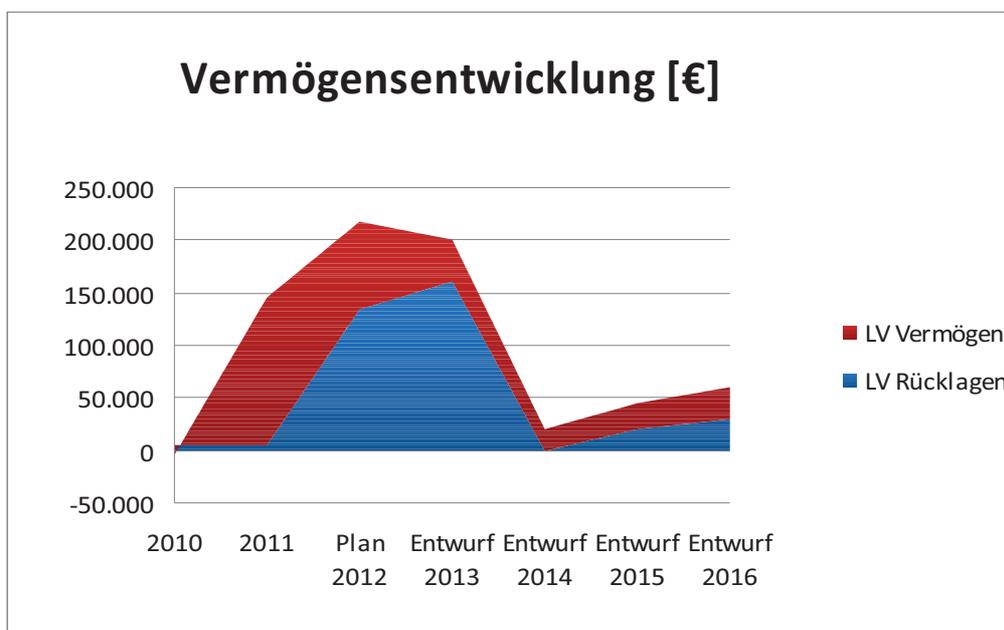


Abb. 3

Einnahmen

Der Landesverband nahm im Jahr 2011 rund 541.200 Euro ein. Wesentliche Einkommensquelle ist dabei nach wie vor die staatliche Parteienfinanzierung mit rund 354.600 Euro. Hier gab es nicht erwartete Mehreinnahmen in Höhe von 17.000 Euro. Normalerweise zweitwichtigste Einnahmequelle sind die Mandatsbeiträge in Höhe von rund 58.000 Euro. An dieser Stelle allen zahlenden Abgeordneten vielen Dank!

In diesem Jahr lagen die sonstigen Einnahmen aufgrund der Forderungen gegen Christian Goetjes mit rund 61.600 Euro noch darüber.

Ziel des Landesverbandes für die folgenden Jahre bleibt, die „Staatsquote“ zu senken und durch Spendenwerbung, Fundraising und Mitgliederwerbung höhere Eigeneinnahmen zu erwirtschaften.

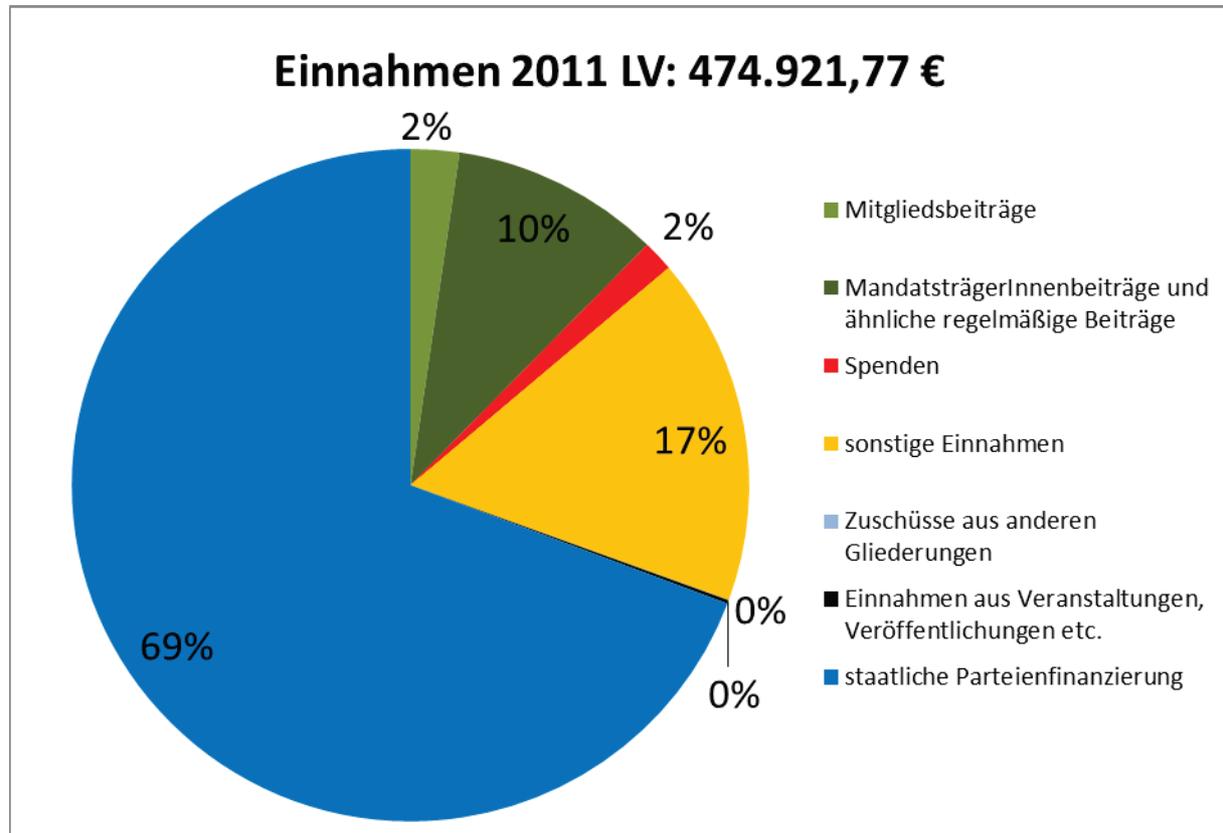


Abb. 4

Mandatsbeiträge / Spenden	Anteil an vereinbarter Summe im Jahr:		
	2011	2012	2013
Axel Vogel	100,00%	100,00%	100,00%
Michael Jungclaus	100,00%	100,00%	100,00%
Ursula Nonnemacher	100,00%	100,00%	100,00%
Marie Luise von Halem	100,00%	100,00%	100,00%
Sabine Niels	0,00%	0,00%	0,00%
Summe Beiträge LTF / Jahr in Euro	40.526,88	40.526,88	40.526,88
Cornelia Behm	100,00%	100,00%	100,00%
Summe Beiträge MdB / Jahr in Euro	17.484,00	18.144,00	18.814,56

Tab. 1: Übersicht Mandatsbeiträge Landtag, Bundestag

Die Kreisverbände nahmen 2011 rund 192.600 Euro ein. Wichtigste Einnahmequelle sind hier die Mitgliedsbeiträge in Höhe von rund 90.600 Euro. Danach folgen mit ca. 37.700 Euro die Mandatsbeiträge der kommunalen MandatsträgerInnen. Auch ihnen vielen Dank!

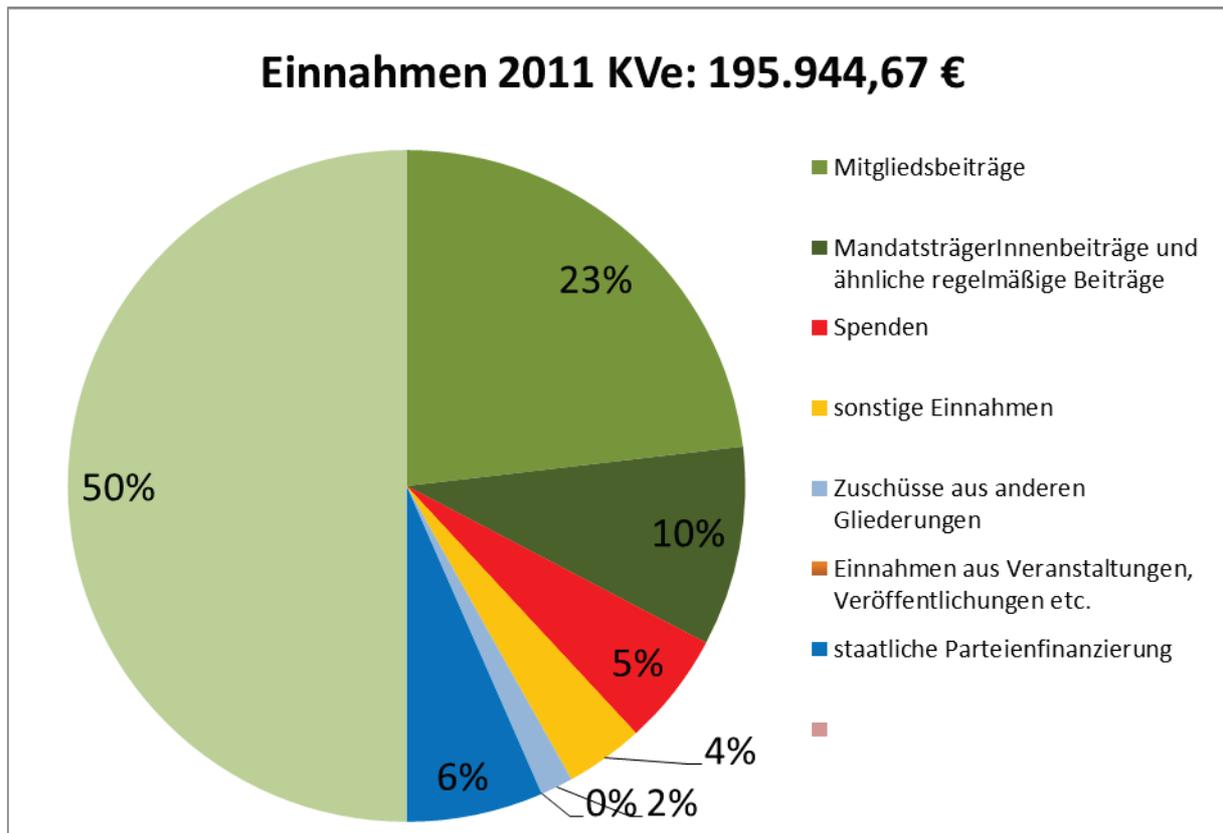


Abb. 5

Ausgaben

Der Landesverband gab im Jahr 2011 rund 390.400 Euro aus. Davon entfällt trotz vergleichsweise geringer Ausstattung der größte Einzelposten (ca. 121.200 Euro) auf das Stammpersonal in der Landesgeschäftsstelle.

Durch die Abschreibung der Schadenssumme aus 2009 in Höhe von 54.733,63 €, die erst in 2012 dem Ermittlungsbericht der Polizei entnommen werden und verbucht werden konnte, liegen die Ausgaben um 46.600 Euro (ca. 3,8 %) über den Ansätzen des Nachtragshaushaltes. **Werden diese außerordentlichen Ausgaben vernachlässigt, lagen die Ausgaben insgesamt rund 8.100 Euro unter der Planung.**

Hauptursachen dafür sind einerseits, dass die angesetzten **Rechtskosten** erst 2012 anfallen werden. Andererseits sind **Minderausgaben von mehr als 5.000 Euro im Aktionshaushalt LaVo** zu verzeichnen, weil die Kräfte des Landesvorstandes durch die Schatzmeisterkrise stark gebunden waren.

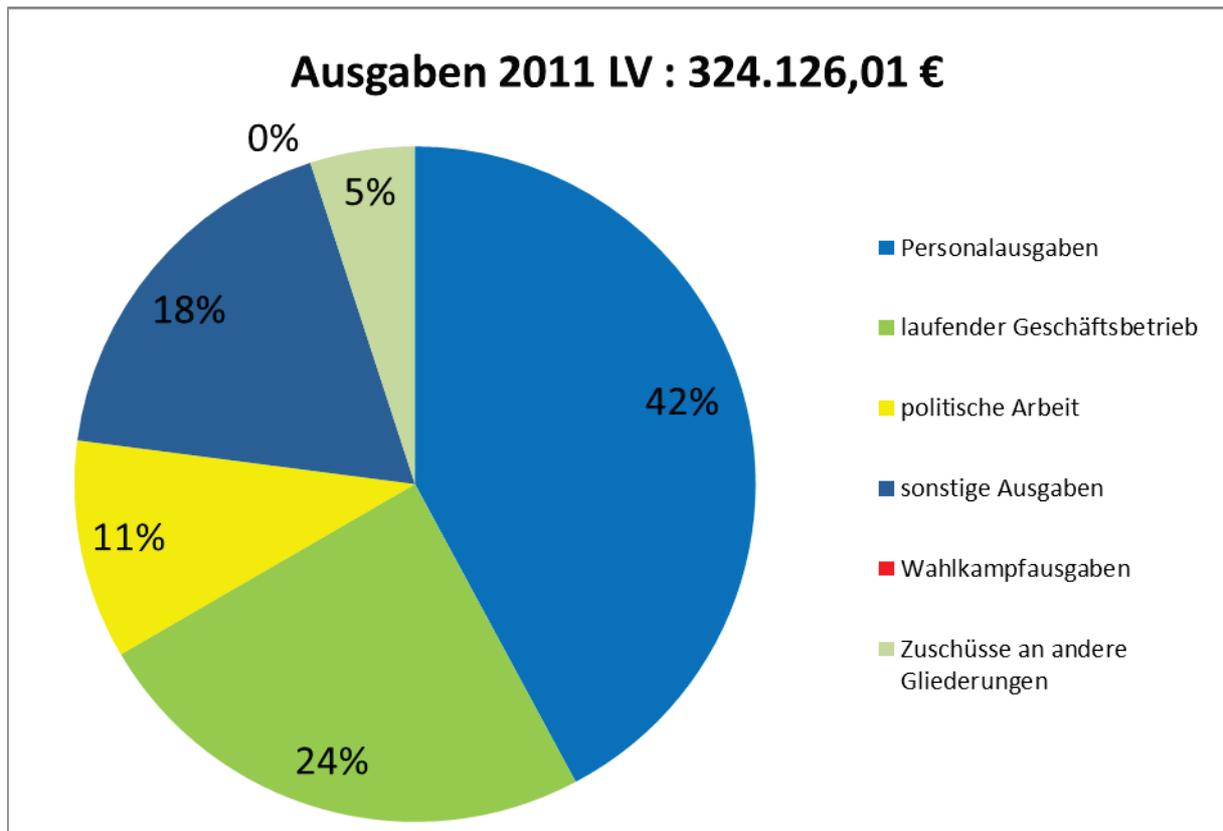


Abb. 6

Im Bereich der **Personalkosten** wurden insgesamt ca. 3.400 Euro weniger ausgegeben als geplant, wobei der Ansatz für das Stammpersonal unterschritten und der für die Aushilfskräfte und Praktikanten überschritten wurden.

Stelle	AN-Brutto	Sozialversicherung	AN-Brutto + SV/Monat	AN-Brutto + SV/Jahr	Jahressonderzahlung	Gesamtkosten/Jahr
Grafik	1.478,35 €	230,22 €	1.708,57 €	17.085,70 €	1.025,14 €	18.110,84 €
Presse	3.094,63 €	610,42 €	3.705,05 €	44.460,60 €	1.667,27 €	46.127,87 €
stud. Hilfskraft	440,20 €	44,20 €	484,40 €	5.812,80 €	290,64 €	6.103,44 €
Geschäftsführung	3.639,51 €	717,89 €	4.357,40 €	52.288,80 €	1.960,83 €	54.249,63 €
				119.647,90 €	4.943,88 €	124.591,78 €

119.647,90 € 4.943,88 €

Tab. 2:Übersicht Personalausgaben 2011

Die Landesarbeitsgemeinschaften haben im vergangenen Jahr mit etwas über 1.200 Euro nur rund 30 % der ursprünglich geplanten Mittel ausgegeben. In diesen Ausgaben sind jedoch nicht die Reisekosten zu Bundesarbeitsgemeinschaften enthalten, da diese gesondert abgerechnet werden.

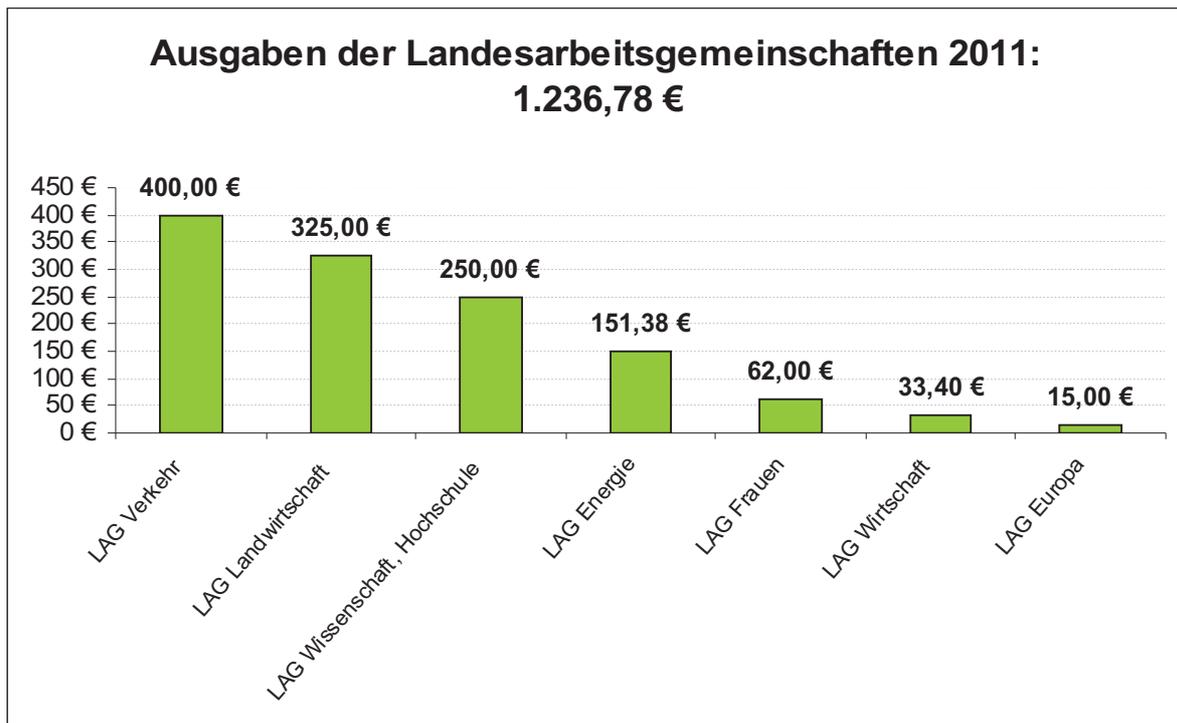


Abb. 7

Die Ausgaben der Kreisverbände lagen 2011 bei rund 134.300 Euro. Auch hier sind die Personalkosten mit rund 42.100 Euro der größte Einzelposten.

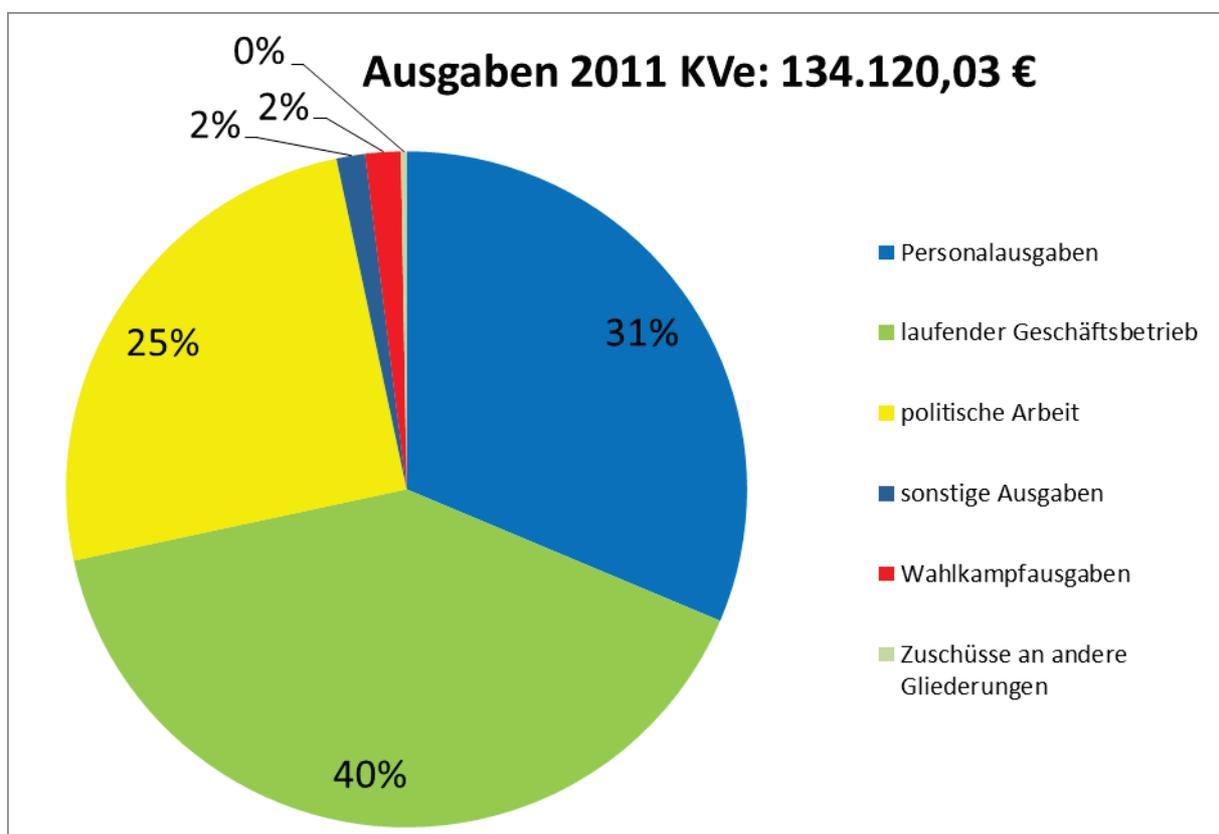


Abb. 8

Aus dem Strukturfond wurden im Jahr 2011 vier Auszahlungen über insgesamt rund 4.800 Euro getätigt. Antragsteller waren die Kreisverbände Brandenburg, Elbe-Elster,

Oberspreewald-Lausitz und Prignitz. Der Restbetrag in Höhe von 1.986,82 Euro wurde in das Jahr 2012 übernommen, da der Antrag durch den damals in Gründung befindlichen KV Teltow-Fläming noch 2011 gestellt und durch den Landesfinanzrat beschlossen wurde.

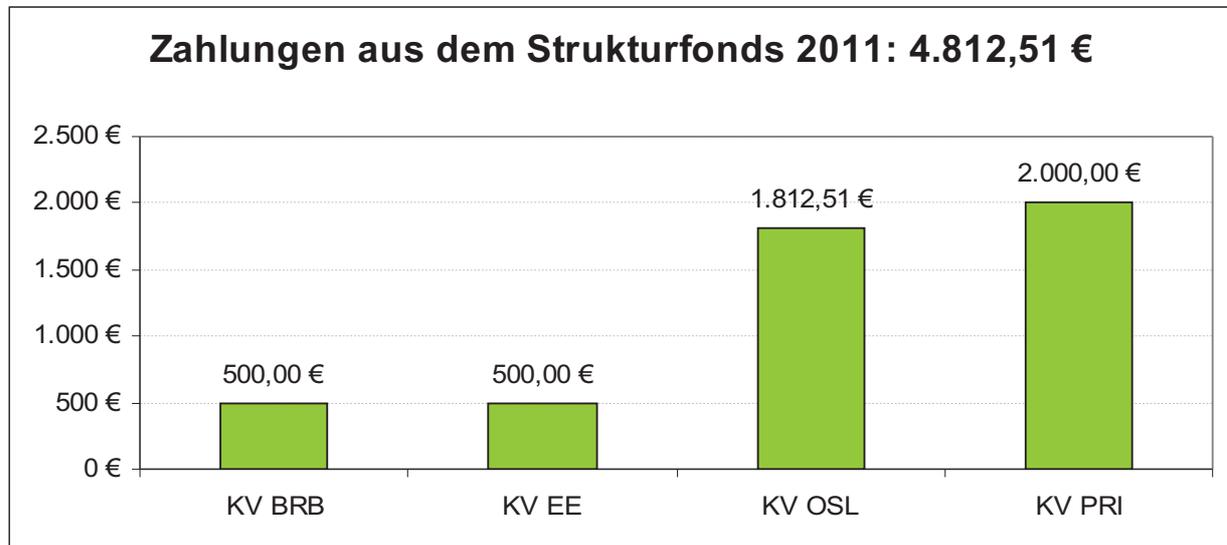


Abb. 9

Das Rechnungsjahr 2011 war aufgrund der Buchungen im Zuge des Abschlusses der Schatzmeisterkrise außergewöhnlich. Die tatsächlichen Entwicklungen (hinsichtlich der Finanzen) waren nicht vorhersehbar und damit auch nicht planbar. **Insgesamt betrachtet sind die Ausgaben solide und unterschreiten die Einnahmen.**

Mitgliederentwicklung

Wir haben in 2011 im Saldo 96 Mitglieder gewonnen. Am 31.12.2010 hatte der Landesverband noch 839 Mitglieder, zum 31.12.2011 waren es 935. Die Zielmarke von 1.000 Mitgliedern sollte damit im Wahlkampfjahr 2013 erreicht werden.

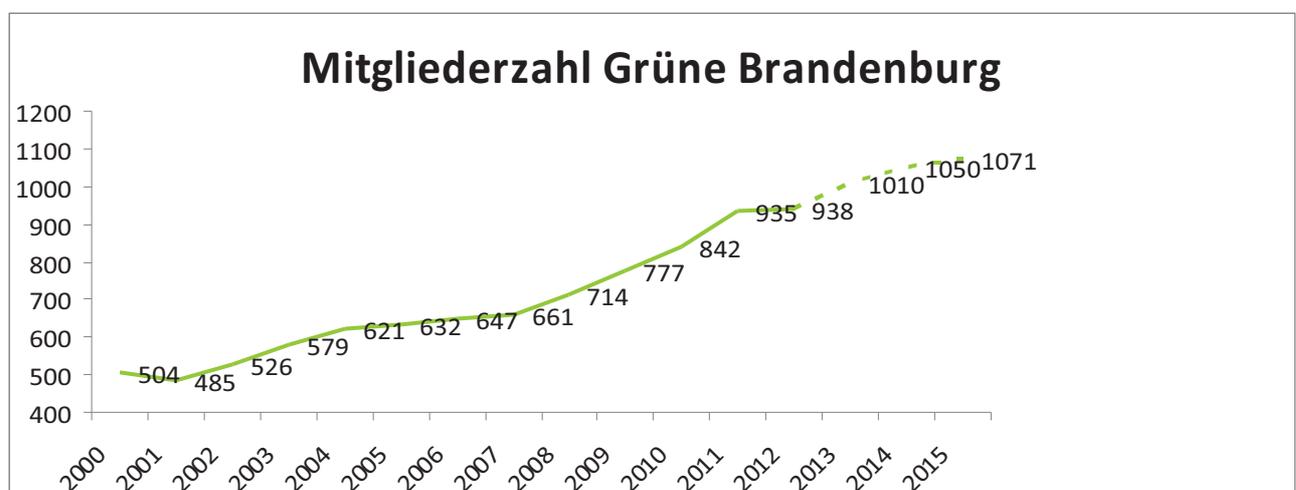


Abb. 10

Halbjahresbericht 2012 – Erläuterungen

Als Teil der neuen Transparenzkultur wird dem Landesparteitag zukünftig nicht nur der Abschluss des Vorjahres und die Planung des kommenden Jahres vorlegt, sondern auch der Zwischenstand des aktuellen Jahres.

Zum Ende des 1. Halbjahres 2012 liegen sowohl Einnahmen (- 31,8 T€) als auch Ausgaben (- 34,9 T€) weit unterhalb der halbierten Planwerte für das Gesamtjahr 2012. Der Saldo zwischen beiden weicht jedoch nur unwesentlich ab (+ 5 %). Wesentliche Gründe hierfür sind

- Der Einzug der anteiligen Mitgliedsbeiträge von den Kreisverbänden (planmäßig 21,4 T€) sowie die Überweisung der anteiligen staatlichen Grundfinanzierung an die KVe gemäß Schlüsselzuweisung (planmäßig 15,4 T€) erfolgten erst im zweiten Halbjahr.
- Der Anteil der staatlichen Parteienfinanzierung von Bundesebene lag um mehr als 7 T€ unterhalb des geplanten Halbjahreswertes. Dieser Wert ist schwer voraussagbar, da die Berechnung sehr komplex ist. So wird dieser Wert z.B. beeinflusst von unseren eigenen Spendeneinnahmen im Vorjahr und eigenen Wahlergebnisse in den letzten Jahren aber vor allem auch durch die Ergebnissen anderer Landesverbänden von Bündnis 90/Die Grünen sowie anderer Parteien im Bundesgebiet.
- Die Einnahmen aus Spenden sind niedriger als angesetzt. Aus Erfahrung ist bekannt, dass viele Abrechnungen und Spenden erst im 4. Quartal erfolgen. Außerdem war bisher keine Zeit und Kapazität vorhanden, ein Fundraising-Konzept zu erarbeiten geschweige denn umzusetzen.
- Bei den Ausgaben sind insbesondere die Abweichungen beim Stammpersonal hervorzuheben (+ 8,5 T€ entspricht + 12,27 %). Diese beruhen fast ausschließlich auf höheren Gehaltskosten für unsere Elternzeitvertretung des Landesgeschäftsführers und entsprechenden Urlaubsabgeltungen.
- Die Bürokosten sind mit 3,8 T€ schon zum Halbjahr fast so hoch wie die Jahreskosten im 2011. Dies liegt insbesondere an einer Einzelrechnung über 1,5 T€ aus dem EDV-Bereich (Einrichtung von Computern, Support u.Ä.), die Leistungen aus mehreren Monaten betraf – auch aus 2011. Zukünftig werden EDV-Kosten im Haushalt als eigener Posten aufgeführt, um mehr Transparenz zu schaffen
- Die Rechtskosten liegen mit 8,5 T€ weit über den angesetzten Jahresgesamtkosten von 1 T€, da diese das Verfahren Goetjes betreffen und in 2011 angesetzt waren aber erst in diesem Jahr angefallen sind.
- Erwartungsgemäß geringere Kosten sind auch bei den Veranstaltungen und beim Aktionshaushalt und den damit verbundenen Positionen wie Reisekosten zu verzeichnen, da die Hauptveranstaltungen im 2. Halbjahr stattfanden bzw. stattfinden werden (z.B. Sommerkonferenz, 20 Jahre Bündnis 90, LDK).

Haushaltsentwurf 2013 – Erläuterungen

Gesamtüberblick

2013 steht uns ein klassisches Wahlkampfjahr bevor. Vieles wird sich um die Bundestagswahl drehen. Die Ausgaben und Einnahmen liegen mit jeweils rund 540.000 Euro entsprechend über den Werten der beiden Vorjahre.

Die Planung erfolgte wieder nach den Regeln der ordnungsgemäßen Buchführung (umgangssprachlich: konservativ) – Einnahmen wurden am unteren Rand und Ausgaben am oberen Rand der Erwartungen angesetzt. Realistischer Weise ist jedoch davon auszugehen, dass insgesamt eher ein leicht positives Ergebnis erreicht wird, da aller Erfahrung nach die Mittel eines Teils der Ausgabepositionen wie z.B. von der Grünen Jugend oder den Landesarbeitsgemeinschaften nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden.

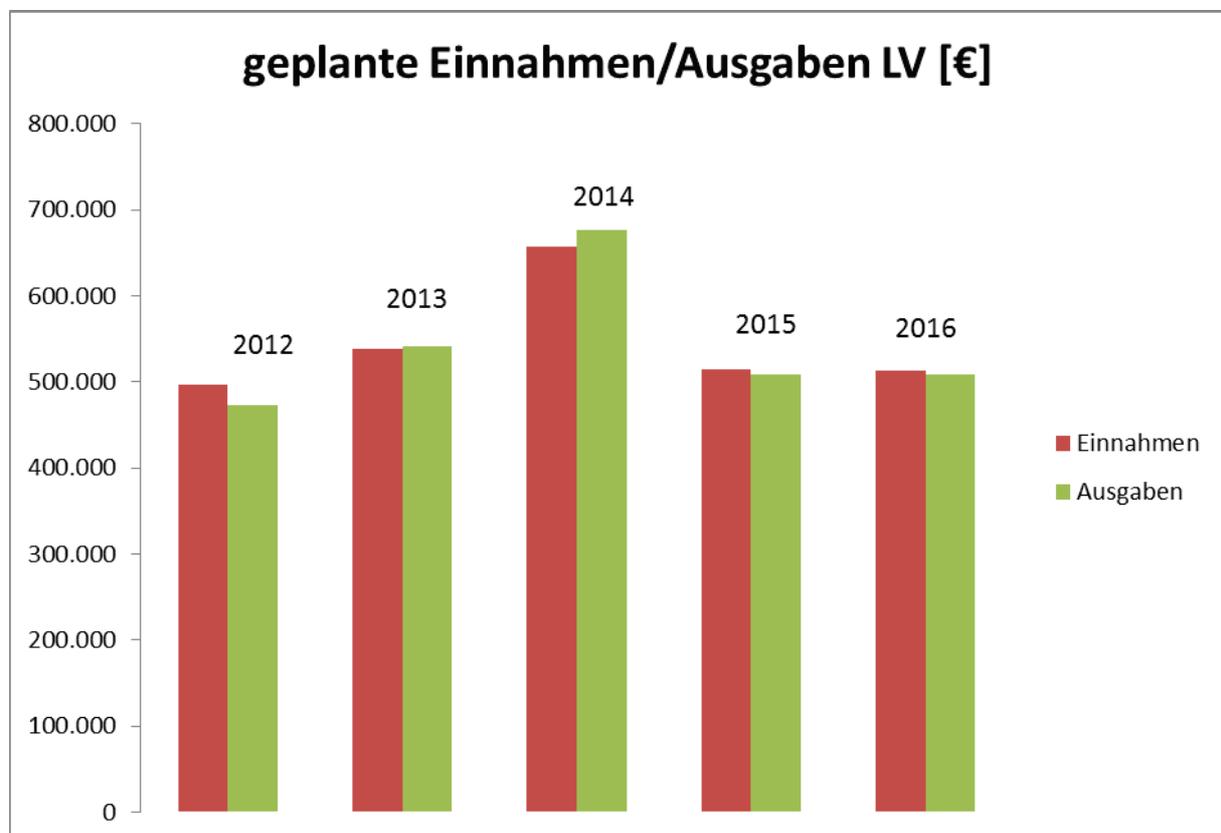


Abb. 11

Einnahmen

Die Einnahmeseite bleibt im Wesentlichen unverändert, Haupteinkommensquelle bleibt mit fast 360.000 Euro die staatliche Parteienfinanzierung gefolgt von den Mandatsbeiträgen mit fast 60.000 Euro. Im Wahlkampfjahr sind durch Spendenwerbung, Fundraising und Mitgliederwerbung höhere Eigeneinnahmen zu erwarten, zudem erfolgen 12.000 Euro Zahlung von Christian Goetjes. Der Landesverband wird 2012 damit rund 540.000 Euro einnehmen, die Auflösung der Rücklagen für den Bundestagswahlkampf beträgt davon 40.000,- Euro.

Ausgaben

Auf der Ausgabenseite gibt es einige Veränderungen: Zum einen werden für den Bundestagswahlkampf wie geplant rund 40.000,- Euro aus der Rücklage verwendet. Zum anderen erhöhen sich die Personalkosten durch Erhöhung der Stundenanzahl der Grafikstelle (in Co-Finanzierung mit den Kreisverbänden), die Aufstockung der studentischen Hilfskraft zu einer Sachbearbeitung (um neben der Mitgliederverwaltung zukünftig die Schatzmeisterin zu unterstützen) und höhere Kosten für die Personalbuchhaltung, die ab 2013 nicht mehr vom Bundesverband angeboten wird. Wesentlicher Mehrposten ist die Aufstockung der Landesvorsitzenden von einem Minijob auf jeweils eine halbe Stelle. Dies soll gemäß LDK-Beschluss in den kommenden Jahren je nach Finanzmitteln bis auf je eine ganze Stelle erhöht werden. Neu eingeführt sind die Posten EDV-Wartung sowie Barrierefreiheit auf Parteitag und Großveranstaltungen sowie anteiligen Ausgaben für die Fundraising-Stelle in der Bundesgeschäftsstelle, die durch Beschluss des Bundesfinanzrates anteilig auf unseren Landesverband umgelegt werden wird. Für die Wahlkämpfe 2014 werden weitere 30.000 Euro zurückgelegt. Mit dieser Rücklagen und den Ausgaben für den Bundestagswahlkampf wird der Landesverband damit 2013 rund 540.000 Euro ausgeben.

Ausblick mittelfristige Finanzplanung

Jedem Haushaltsentwurf wird eine sogenannte Mittelfristige Finanzplanung über die nächsten 3 Jahre beigefügt. Diese wird nicht beschlossen und ist rein informatorisch – sie soll einen groben Ausblick geben, wie Einnahmen, Ausgaben und Vermögen sich zukünftig entwickeln.

Der Blick auf das Jahr 2014 zeigt einen deutlichen Anstieg von Einnahmen und Ausgaben, was auf die Auflösung von Rücklagen in Höhe von 161.000 Euro für die Kommunal-, Europa und Landtagswahl zurückzuführen ist. Dabei ist zu erwarten, dass der Landesverband mit einem leichten Defizit aus dem Wahlkampf geht. Die zu erwartenden Einnahmen in den Folgejahren sollten dies ausgleichen. Die wahlkampffreien Jahre 2015 und 2016 pendeln sich dann wieder etwas oberhalb des Niveaus im Jahr 2012 ein.

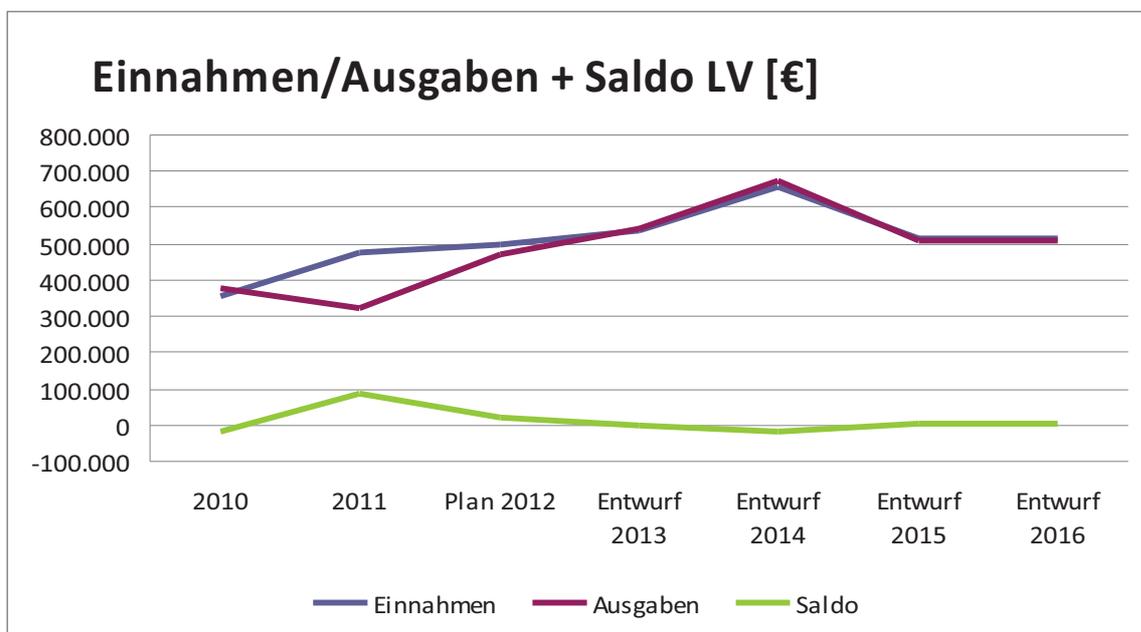


Abb. 12

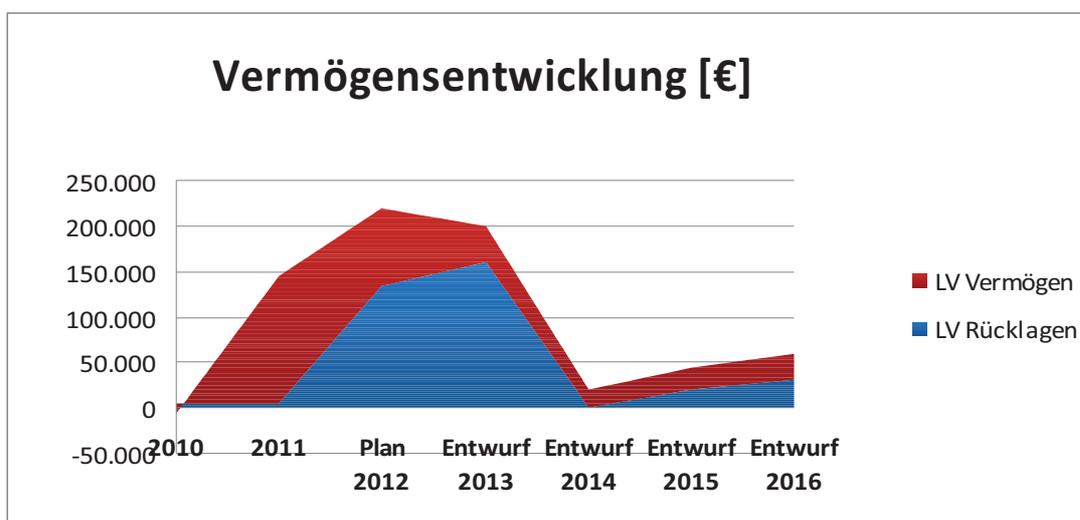


Abb. 13

Hintergrundinformation: Fragen und Antworten zu den Finanzen von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Wie viel Geld steht der Partei zur Verfügung?

Das Finanzvolumen des Landesverbandes beträgt in wahlkampffreien Jahren rund 450.000 – 500.000 Euro, für das Superwahljahr 2014 sind rund 650.000 Euro Volumen geplant.

Woher kommt das Geld für die Partei?

Der weitaus größte Teil des Geldes für den Landesverband (ca. 75%) stammt aus der staatlichen Teilfinanzierung. Diese richtet sich vor allem nach den Wahlergebnissen (Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen), den Mitglieds- und Mandats-träger-Innenbeiträge und Spenden. Diese Teilfinanzierung wird nach einem festgelegten Schlüssel an den Landesverband sowie die Kreisverbände verteilt. Die Mandatsbeiträge machen mit rund 10-12% den zweitgrößten Teil aus, Mitgliedsbeiträge und Spenden zusammen keine 5%.

Bei den Kreisverbänden ist die Zusammensetzung anders: Mitgliedsbeiträge machen in Brandenburg über 40% aus, MandatsträgerInnenbeiträge rund 20%, Spenden ungefähr 15%, die staatliche Teilfinanzierung rund 10-12%.

(Alle Angaben beziehen sich auf die Jahre 2011/2012, zu 100 fehlende Prozent sind sonstige Einnahmen, bspw. aus Veranstaltungen.)

Von wem werden Spenden angenommen?

Der Landesverband hat sich einen Spendenkodex gegeben. Dieser legt klar fest: „Wir setzen die Grenzen der Spendeneinwerbung dort, wo moralische und grundsätzliche politische Positionen unserer Partei berührt werden.“ Den rechtlichen Rahmen setzt das Parteiengesetz. Danach sind Spenden, die etwa erkennbar in Erwartung oder als Gegenleistung eines bestimmten wirtschaftlichen oder politischen Vorteils gewährt werden, ebenso untersagt wie Spenden von Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mit einem Anteil von mehr als 25% beteiligt ist.

Bei der Auswahl von Sponsoren werden besonders die Unternehmen und Organisationen berücksichtigt, die in ihren Zielen und in ihrer Wirtschaftsweise der bündnisgrünen Politik nahe stehen.

Ich möchte etwas spenden, wie kann ich das tun?

Der Landesverband freut sich jederzeit über Spenden. Die Bankverbindung lautet: Berliner Volksbank, Kontonummer: 88 48 05 90 06, Bankleitzahl: 10 09 00 00.

Eingehende Spenden werden in jedem Einzelfall auf ihre Zulässigkeit geprüft und ordnungsgemäß verbucht. Die Spenderinnen und Spender erhalten am Anfang des Folgejahres eine Spendenbescheinigung, auf Wunsch auch vorher.

Übrigens: Bis zu einer Höhe von jährlich 1.650 EUR für Ledige und 3.300 EUR für Verheiratete werden Parteispenden mit einem Satz von 50% steuerlich begünstigt – ganz unabhängig vom individuellen Steuersatz.

Wer bestimmt, wofür das Geld ausgegeben wird?

Rechtlich regelt dies in erster Linie das Parteiengesetz, maßgeblich sind daneben die Satzungen des Bundesverbandes und des Landesverbandes (bei Ausgaben auf Kreisebene auch die Kreisverbandssatzung). Der Landesverband hat sich außerdem eine spezielle Finanzordnung gegeben, ebenso der Landesvorstand. Die Satzungen und Finanzordnungen findest du auf www.gruene-brandenburg.de

Konkret wird jährlich auf dem Landesparteitag der Haushalt für das Folgejahr beschlossen, in welchem die geplanten Einnahmen und Ausgaben aufgeführt werden. Dieser Haushalt wird vom Landesvorstand aufgestellt und vom Landesfinanzrat vor dem Parteitag beraten.

Wer darf das Geld ausgeben?

Innerhalb des beschlossenen Haushaltes darf der Landesvorstand Ausgaben vornehmen. Um nicht für jeden Bleistift einen Vorstandsbeschluss herbeizuführen, hat sich der Landesvorstand eine Finanzordnung gegeben. Dort ist geregelt, bis zu welcher Höhe der/die SchatzmeisterIn mit einer/m Landesvorsitzenden bzw. dem/der GeschäftsführerIn allein Ausgaben tätigen darf, wann der Geschäftsführende Ausschuss und ab welcher Höhe der gesamte Landesvorstand Ausgaben beschließen muss.

Was passiert, wenn der Landesvorstand zu viel Geld ausgibt?

Für diesen Fall, oder wenn unerwartet Einnahmen wegbrechen, sieht die Landesfinanzordnung (§7,4) vor, dass die/der Landesschatzmeister/in unverzüglich einen Nachtragshaushalt einzubringen hat.

Wie wird kontrolliert, dass das Geld ordnungsgemäß ausgegeben wird?

Die Kontrolle im Landesverband erfolgt in mehreren Stufen (die Kreisverbände haben Finanzautonomie und geben sich eigene Regeln): Für das Tagesgeschäft hat sich der Landesvorstand ein strenges Vier-Augen-Prinzip auferlegt. Das heißt, dass nicht nur jede Rechnung doppelt gegengezeichnet wird, sondern auch jede Bankbewegung nur mit zwei elektronischen Unterschriften vorgenommen werden kann.

Daneben legt der/die Landesschatzmeisterin dem Landesvorstand quartalsweise und dem Landesfinanzrat halbjährlich einen Zwischenbericht vor.

Dem Landesparteitag (LDK) wird mindestens alle zwei Jahre, in der Regel aber jährlich ein Jahresbericht vorgelegt. Dieser muss gemäß Parteiengesetz durch gewählte Rechnungsprüfer sowie durch externe Wirtschaftsprüfer geprüft werden. Die Wirtschaftsprüfer prüfen die Landesverbände und den Bundesverband, ob die Buchhaltung korrekt war, die Bilanz stimmt, sprich die Geschäfte ordnungsgemäß liefen, und attestieren die Korrektheit für die Gesamtpartei. Am Ende steht ein neutrales, "objektives" Bild des Finanzzustands des Landesverbandes. Aufgabe der gewählten RechnungsprüferInnen ist hingegen, die Rechnungsabschlüsse und die Haushaltsführung sowie die Einhaltung der Finanzordnungen zu überprüfen - also all das, was nicht "rechnerisch", sondern "politisch" ist: Gibt es Belege und/oder Beschlüsse für die Ausgaben (hier ist die Doppelung mit der Wirtschaftsprüfung), wurden diese im richtigen Etat verbucht, durfte der LaVo das Geld dafür überhaupt ausgeben oder war der Etat überzogen, wurde gegen die Landesfinanzordnung oder gar gegen Parteiengesetz verstoßen etc. Der gesamte Bericht kann auf www.gruene.de eingesehen werden.

Ich habe ein tolles Projekt, wo kann ich Geld beantragen?

Gute Projekte finden in der Regel auch schnell eine Finanzierung. Frag Deinen Kreisvorstand, ob er Dein Projekt unterstützt. Falls dies finanziell nicht möglich ist, kann Dein Kreisverband auch Mittel beim Strukturfond der Partei beantragen. Auch bei der - thematische passenden Landesarbeitsgemeinschaft lohnt sich eine Anfrage. Schließlich ist bei größeren Projekten auch Unterstützung durch den Landesvorstand möglich. Alle Kontaktdaten hierfür findest du unter www.gruene-brandenburg.de.

Anlage: Abschluss 2011 – Rechnungsprüfungsbericht

Rechnungsprüfungsbericht für das Jahr 2011

Prüfung des Landesverbandes Brandenburg BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Vorbemerkung

Die Rechnungsprüfung erfolgte am 02.08. von 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr in den Räumen der Bundesgeschäftsstelle (Prüfer Joachim Hilburg und Elke Seidel, anwesend für Nachfragen Sandra Braun-Grüneberg, Landesschatzmeisterin sowie die Sachbearbeiterin Finanzen von der Buchungsstelle im Bundesverband). Am 29.08. (Joachim Hilburg) von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, und am 13.09. (Elke Seidel) von 9.30 Uhr bis 12.00 Uhr konnte weiter Einsicht in die Unterlagen genommen werden.

Nachfragen wurden bei einem Treffen der Prüfer am 13.09. von 19.00 Uhr bis 21.30 Uhr in der Landesgeschäftsstelle mit telefonischer Einbindung der Schatzmeisterin und während einer Telefonkonferenz am 18.09.2012 mit dem Landesvorsitzenden Benjamin Raschke ausführlich beantwortet.

An Unterlagen wurden uns 7 Ordner vorgelegt. Sie enthielten Unterlagen und Auswertungen, die auch der Wirtschaftsprüfer erhalten hat, Kontoauszüge zum Hauptgeschäftsgirokonto bei der Berliner Volksbank - 90 06 mit zugehörigen Buchungsbelegen, Buchungsbelege allgemein und einzelner Debitoren sowie Kontoauszüge und Belege zu weiteren untergeordneten Kontoverbindungen.

Dateien mit Übersichten und Auswertungen zum Jahresabschluss wurden uns elektronisch übermittelt.

Frau Sandra Braun-Grüneberg erläuterte uns beim ersten Treffen anhand des Ordners für den Wirtschaftsprüfer und eines Ordners aus der laufenden Buchhaltung 2012 die Modalitäten für die Buchungen und Belegsammlung. Alle bei der Einsicht auftretenden Fragen wurden umfassend beantwortet.

Die Bundesgeschäftsstelle übernimmt vertraglich die Buchhaltung und Ablage. In einzelnen Bereichen wirkt sie auch bei der Kostenberechnung (Personalabrechnung) und bei der Kontierung mit. Die Buchungen erfolgen kaufmännisch unter Einsatz des Finanzbuchhaltungsprogramms „EuroFiBu“. Die Haushaltsüberwachung erfolgt mit Hilfe der Kostenstellen.

Eine Besonderheit der Rechnungsprüfung stellte der noch nicht abgeschlossene Rechtsfall des ehemaligen Schatzmeisters Christian Goetjes dar. Die ersten zwei Monate des Prüfungszeitraums fielen noch in die Verantwortung von Christian Goetjes. Anschließend war der kommissarische Schatzmeister Benjamin Raschke für die Finanzen verantwortlich. Der Jahresabschluss wurde betreut durch die neu gewählte Schatzmeisterin Sandra Braun-Grüneberg. Mit Abgabe des Rechenschaftsbericht an die Bundestagsverwaltung wurde durch die Recherchen des Landesverbandes Brandenburg und den Ermittlungen der Polizei eine veruntreute Summe in Höhe von 283.095,80 € festgestellt. Christian Goetjes hat ein Schuldanerkenntnis unterschrieben. Da sich Unterlagen, die diesen Zeitraum betreffen, in Polizeigewahrsam befinden, lagen für die betreffende Zeit nur Kopien vor. Die Rechnungsprüfungskommission für das Jahr 2010 hatte in einer Sonderprüfung die ersten beiden Monate 2011 geprüft.

Daher erstreckt sich unsere Rechnungsprüfung auf den Zeitraum März bis Dezember 2011.

Geldverkehr

In der Landesgeschäftsstelle wurden am Jahresanfang 2011 sieben Konten bewirtschaftet, davon wurden zwei Konten im September 2011 geschlossen. Die Bestände der gelöschten Konten sind nachvollziehbar in den anderen Konten aufgegangen.

Der Landesverband bewirtschaftet zum Jahresende 2011 fünf Konten, die Anfangs- und Endbestände stimmen mit den Kontoauszügen überein.

Girokonto (am 31.12.2011 Haben 46 833,20 Euro)

Tagesgeldkonto (am 31.12.2011 Haben 2,79 Euro)

Konto (Miete und Nebenkosten) (am 31.12.2011 Haben 3 174,62 Euro)

Konto (Kaution) (am 31.12.2011 Haben 5 838,42 Euro)

Konto für den KV EE (am 31.12. 2011 Haben 163,24 Euro)

Das letztgenannte Konto hatte 2011 nur eine sehr untergeordnete Funktion. Der Landesvorstand hat es Mitte 2012 geschlossen.

Wir merken an, dass das Tagesgeldkonto in nur sehr geringem Umfang genutzt wurde und somit dem Landesverband ein Zinsgewinn entgangen sein könnte. Die Bestände des Hauptkontos lassen eine stärkere Nutzung zu.

Es gibt keine Hand- oder Barkasse. Barausgaben werden i.d.R. privat ausgelegt und gegen Originalbeleg und einen standardisierten Auslagenerstattungsantrag abgerechnet. Der Landesgeschäftsführer verfügt über einen Dauervorschuss in geringer Höhe.

Die Kontoanweisungen an die Bank erfolgen nach einer Umstellung online. Es ist sichergestellt, dass immer zwei Zeichnungsberechtigte die Zahlungen freigeben müssen.

Belegführung

Die Ablage der Belege erfolgt nach Kontoauszügen, diese sind durch Trennstreifen getrennt. Jeweils hinter den Auszügen finden sich die dazu gehörenden Belege. Die Belegnummerierung bezieht sich auf die Kontoauszüge. Eine fortlaufende Nummerierung der Belege regen wir an.

Die Beschlüsse für, insbesondere außergewöhnliche Ausgaben, werden nicht bei den Belegen hinterlegt.

Hier bitten wir zu prüfen, ob es organisatorisch umsetzbar ist, die Beschlüsse den Belegen direkt beizufügen. Bei Sachausgaben sollte, falls vorhanden, das entsprechende Angebot ebenfalls mit angefügt werden.

Wir halten es ebenfalls für sinnvoll, dass sowohl der Haushaltsplan, eine Übersicht der Verträge mit regelmäßigen Zahlungsvorgängen, ein Liquiditätsplan, eine mit Unterschriftprobe versehene Übersicht der Personen, die sachlich und rechnerisch richtig zeichnen sowie eine Übersicht der Personen, die Zahlungen anweisen dürfen, den Belegordnern einmalig zu Beginn beigelegt wird. Außerdem sollte die Inventarliste bei Prüfungsbeginn vorhanden sein.

Einzelne Feststellungen

Bei den Sachausgaben wurde festgestellt, dass ein Geschenk in Höhe 100 € für die Aufarbeitung des Falles Goetjes gemacht wurde. In diesem Zusammenhang regen wir eine Geschenkeregelung durch den Vorstand an.

Einige Überweisungen sind doppelt erfolgt. Der Fehler wurde bemerkt und ohne Schaden storniert. Einzelne Belege wurden nicht sachlich und rechnerisch richtig gezeichnet. Es handelt teils sich um regelmäßige Zahlungen, die mit Lastschrift oder Dauerauftrag bezahlt wurden. Außerdem ist noch nicht durchgängig die Zahlungsanweisung auf dem Formular „Kostenerstattungsbeleg“ ersichtlich. Es handelt sich jedoch nur um Einzelfälle.

In folgenden Bereichen regen wir eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von Sachausgaben an:

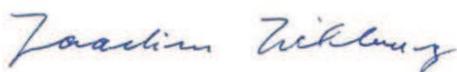
- Ausgaben für eine Frankiermaschine
- Ausgaben für Versicherungen (u.a. Telefon- und IT-Versicherung)

Wir bitten zukünftig um eine ergänzende Aufstellung über die Projektmittel der Landesarbeitsgemeinschaften und Ausgaben aus dem Strukturfonds.

Gesamtbewertung

Unter Berücksichtigung, dass sich die Prüfung aufgrund der polizeilichen Ermittlungen nur auf den Zeitraum März bis Dezember bezieht, bestätigen wir, dass die Führung des Haushaltes korrekt und den Beschlüssen und Zielen der Partei entsprechend durchgeführt wurde. Wir danken allen Beteiligten, dass sie sich aktiv für die Verbesserung von Haushaltsführung und Dokumentation einsetzen.

Wir empfehlen der Mitgliederversammlung, den Vorstand für das Haushaltsjahr 2011 zu entlasten.



Joachim Hilburg
Rechnungsprüfer



Dr. Elke Seidel
Rechnungsprüferin

Potsdam, Oktober 2012